

Protokoll

Dr. Oetke, Lachmann  
Wiesner  
Dr. Böhme  
Kühnemann  
Kuschardt

Sitzung des Bundesvorstandes der DFP am 14. 3. 1990

(Durch einen Übermittlungsfehler kam nur ein kleiner Anteil des Vorstandes zur routinemäßig angesetzten Sitzung)

1. Zu Beginn der Sitzung einigte man sich auf die Tagesordnung.
2. Thema Geschäftsordnung des Vorstandes.  
Dr. J. Wildoer hatte sich bereit erklärt, eine Geschäftsordnung für den Bundesvorstand zu entwerfen. In der Diskussion einigte man sich, daß folgende Elemente in einer solchen Ordnung enthalten sein müßten:
  - zu Beginn einer Sitzung müßte das Protokoll der vorherigen Sitzung "richtiggesprochen" werden. Dazu muß selbstverständlich unmittelbar nach einer Sitzung den Mitgliedern des Vorstandes das Protokoll zugeleitet werden.
  - Feststellung der Tagesordnung. Der Vorstand macht den Entwurf einer Tagesordnung. Zu Beginn der Vorstandssitzung bringen die Mitglieder dieser Sitzung evtl. weitere Tagesordnungspunkte ein; die Tagesordnungspunkte werden nach einer Priorität geordnet. Damit ist dann die Tagesordnung festgestellt, nach der in der Sitzung zu verfahren ist.
  - Wortmeldung und Anträge werden der Reihenfolge nach erledigt.
  - Wortmeldung und Anträge zur Geschäftsordnung werden sofort erledigt.
  - Leitung der Sitzung:  
In der Regel ist es so, daß der Vorsitzende und der Stellvertreter die Vorstandssitzung leiten. Man sollte in der 1. Phase unserer Arbeit durchaus probieren, welche Persönlichkeiten zur Sitzungsleitung am talentiertesten sind und hier evtl. Modifikationen durchführen.
  - Es ist Aufgabe des Präsidiums die Sitzung vorzubereiten.
  - Wichtige Gesichtspunkte werden schon für die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufgestellt und entsprechend vermerkt.
3. Falls nach der Volkskammerwahl vom 18. 3. 1990 die Mehrheitsverhältnisse Koalitionsabsprachen notwendig macht, gilt folgendes:  
Zu Verhandlungen sind der Vorsitzende, seine beiden Stellvertreter und der Geschäftsführer bevollmächtigt. Entscheidungen können nur durch eine Sitzung des Gesamtvorstandes gefällt werden. Dieser ist notfalls telegrafisch einzuberufen. (Beschlüsse sind für gut für den Vorstand, der für die Präparaten).
4. Ausführlich wurde über die Strategie einer evtl. Vereinigung der DFP, der LDP und der FDP/DDR zu einer gesamtdeutschen Partei gesprochen. Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:
  - 4.1. Sorge um den Verlust unserer Identität. Es muß erreicht werden, daß wir ein eigenes Profil behalten.
  - 4.2. Diese Entscheidungen können nur nach der Wahl getroffen werden. Die endgültige Festlegung muß ein Parteitag treffen.
  - 4.3. Wenn es zu einer solchen Fusion kommt, sind exakte Absprachen über die Mehrheitsverhältnisse im Parteivorstand (1/3 Parität) über die Verfügungsmöglichkeiten des materiellen Apparates der LDP, Verfügungsmöglichkeiten über die Informationssysteme (Presse, Funk) erforderlich.

4.4. In der Absicht, das unter 4.1. angesprochene eigene Profil auszubauen, beschließt der Vorstand einen christlichen Arbeitskreis sowie einen Arbeitskreis für Sozialfragen, Frauen- und Arbeitnehmerprobleme zu gründen. Der 1. Arbeitskreis soll von Dr. Bartsch, der 2. von Frau Pätzold geleitet werden. Mit Frau Pätzold muß noch Rücksprache geführt werden. Dr. Bartsch wird in der nächsten Vorstandssitzung ein Konzept vorstellen. Aus ~~personal~~taktischen Gründen wird die Bildung eines christlichen Arbeitskreises sofort in einer Presseinformation erwähnt.

4.5. Es soll eine gemeinsame Tagung der Präsidien von DFP, LDP und FDP erfolgen. Bei dieser gemeinsamen Tagung müssen die jeweiligen Standpunkte zur Fusionsfrage ausgetauscht werden. Über das Ergebnis soll dann unmittelbar der Vorstand informiert werden. Dies geschieht in der Absicht, Transparenz herzustellen.

4.6. Nach der Wahl muß analysiert werden, in welcher Weise die Zusammenarbeit mit der LDP befriedigend gelaufen ist. Bereits jetzt wird Kritik hinsichtlich der fehlenden Möglichkeiten von Publikationen und Darstellung unserer Meinungen in den Medien geäußert.

## 5. Politische Fragen


In einer ausführlichen Diskussion wird die Bedeutung der Übernahme der Grundordnung der BRD für die DDR erörtert. Unter den Anwesenden herrscht Einigkeit, daß die Behandlung derartiger politischer Fragen in der Vergangenheit zu wenig im Vordergrund gestanden haben. Es ist von großer Wichtigkeit, daß wir hier unsere Meinung artikulieren und auch ein Konzept formulieren.

Zu Beginn der Sitzung hatte Dr. Opitz seine Vorstellung erläutert, daß die DDR das Grundgesetz der BRD übernimmt. Damit wäre eine Basis geschaffen, die den Rahmen für die Entwicklung der föderalen Strukturen unseres Landes abgibt. Außerdem besteht zwingende Notwendigkeit, eine Vielzahl von Bestimmungen der DDR-Verfassung zu verändern, weil sie mit einer freien Marktordnung nicht vereinbart sind. Inzwischen hat das "Neue Deutschland" über einen angeblich vorhandenen Entwurf einer "Neuen Verfassung" geschrieben. Diesen Aktivitäten stehen wir mit äußerster Skepsis gegenüber.

Die wesentlichen Gesichtspunkte, die Dr. Opitz vorgetragen hat, sind in der Anlage wiedergegeben.

Diese Frage wird äußerst gründlich und intensiv diskutiert. Es schälen sich bereits Aspekte eines Konsens heraus, der evtl. von Herrn Kaufmann in der Fernsehsendung am 15. 3. 90 dargestellt werden soll.

**Deutsche Forumpartei**  
 Bundesvorstand  
 Alfred-Kowalke-Straße 30  
 Berlin 1136

  
 Dr. Opitz  
 Stellvertretender Vorsitzender  
 Protokollant